

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 26. März 1965

Blatt 639

Bürgermeister Jonas ehrt fünf junge Lebensretter

26. März (RK) Heute empfing Bürgermeister Jonas in seinem Arbeitszimmer im Wiener Rathaus fünf Schüler der sechsten Klasse des Bundesrealgymnasiums 15, Henriettenplatz, die während ihres heurigen Schulschikurses einem Menschen das Leben gerettet haben.

Es war am 21. Jänner auf der Winterleitenhütte im Gebiet des Zirbitzkogels, als eine junge Frau angstvoll mitteilte, daß ihr Mann von einer Tour zum angegebenen Zeitpunkt nicht zurückgekehrt sei. Kurz entschlossen stellte die Klasse einige Suchmannschaften zusammen und machte sich wohlausgerüstet auf den Weg, während es bereits dunkelte. Gegen 20 Uhr entdeckte eine Gruppe im Schein ihrer Fackeln den Gesuchten im Bett des Lindertalbachs, in das er durch die Eisdecke eingebrochen war und aus dem er sich, bis zu den Hüften im Wasser stehend, nicht mehr allein befreien konnte. Der unglückliche Tourist hat sich trotz tiefen Schnees mangelhaft ausgerüstet auf den Weg gemacht, kam vom Weg ab und brach auf dem Lindertalbach schließlich total erschöpft durch die Eisdecke. Während drei Schüler von der Unglücksstelle zur Hütte zurückeilten, um Hilfe herbeizuholen, zogen zwei andere mit dem Sohn des Hüttenwirtes den Verunglückten aus dem Bach und trugen ihn unter größter Anstrengung zu dritt zur Hütte. Hier wurde er durch ein mittlerweile herbeigeholtes Auto zu Tal gebracht. Nach Aussage des behandelnden Arztes hätte der Geborgene die Nacht im Freien sicher nicht überlebt und hat sein Leben somit dem raschen Einsatz der jungen Helfer zu verdanken.

Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer stellte die Schüler Brauner, Gabler, Graf, Grechtshammer und Kreß dem Bürgermeister vor. Stadtrat Maria Jacobi, die Bürgermeister Jonas auf den Fall der

./.

jungen Lebensretter aufmerksam gemacht hat, sagte in ihren Begründungsworten, daß es gerade in einer Zeit, in der oft sehr ungut über die Jugend gesprochen werde, nicht genug betont werden kann, daß unsere Jugend stets zur Stelle ist, wenn sie wirklich gebraucht wird.

Bürgermeister Jonas sagte zu den Schülern, daß er richtig stolz auf sie sei, weil sie im rechten Augenblick das Richtige getan haben. Er bedauerte, daß viele Touristen zu wenig Respekt vor den Naturgewalten hätten, was alljährlich tragische Unglücksfälle hervorrufe. Er richtete auch an die Schulbehörden den Appell, so wie bisher auch weiterhin dafür zu sorgen, daß bei den Schülerschikursen nicht nur das "Wedeln" gelehrt werde, sondern auch das richtige Verhalten am Berg.

Bürgermeister Jonas überreichte darauf den fünf Schülern jene Bücher, die sie sich von ihm haben wünschen dürfen. Für die zwei Hauptbeteiligten hatte außerdem die Zentralsparkasse Sparbücher mit einer Einlage von je 1.000 Schilling gestiftet.

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im April
=====

26. März (RK) Im April sind nachstehende Abgaben fällig:

- 10. April: Ankündigungsabgabe für März,
Getränkesteuer für März,
Gefrorenessteuer für März,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte März.
- 14. April: Anzeigenabgabe für März,
Ortstaxe für März.
- 15. April: Lohnsummensteuer für März.
- 25. April: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte April.
- 30. April: Hundeabgabe (zweite Hälfte).

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

26. März (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat heute vormittag der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Es lagen zwei Anfragen der KLS und drei Anfragen der ÖVP vor. Ferner hatte die KLS eine Anfrage, betreffend die "Spitalsmisere", eingebracht und dazu den Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Ferner lagen folgende Anträge vor: von der KLS, betreffend "Verkehrsverbesserungen im 16. und 17. Bezirk"; von der FPÖ, betreffend "Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung im 18. Bezirk", sowie betreffend "Einführung einer Fragestunde im Wiener Gemeinderat"; von der ÖVP, betreffend "Koordinierung bei großen Stadterweiterungs- und Sanierungsprojekten", betreffend "Ausbau der Franzensbrücke, der Franzensbrückenstraße sowie der Oberen und Unteren Viaduktgasse", sowie betreffend "Überprüfung der Verkehrszeichen".

Neuplanung des Gebietes um Donaustädter Trabrennplatz

Anschließend referiert GR. Ing. Hofmann (SPÖ) einen Antrag, der die Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre über das Gebiet zwischen Wagramer Straße, Rautenweg, Ostbahntrasse, Breitenleer Straße und Kagraner Friedhof im 22. Bezirk verlangt. Der Berichterstatter führt aus, daß diese Bausperre zur besseren Gestaltung der zukünftigen Planung für dieses Gebiet um den Trabrennplatz verhängt werden soll. Fachbeirat, Bezirksvertretung und Gemeinderatsausschuß hätten diesem Antrag bereits zugestimmt.

In der Debatte nimmt GR. Ing. Lust (ÖVP) dazu Stellung, und erklärt, daß für dieses Gebiet schon 1936 ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan beschlossen worden sei, um ein neues Siedlungsgebiet zu erschließen. Heute sei dieser Plan natürlich völlig veraltet, daher sei es unbedingt notwendig, einen neuen Bebauungsplan zu erstellen. Die Fläche sei für den Wohnungsbau besonders interessant, weil in der Nähe die Ansiedlung von neuen Gewerbe- und Industriebetrieben geplant sei und damit neue Arbeitsplätze geschaffen würden.

GR. Ins. Lust regt sodann an, einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für die neue Bebauungsplanung dieses Gebiets durchzuführen. Ferner meint der Redner, die Gemeinde Wien sollte erwägen, auch andere Bauträger als die Gemeinde selbst heranzuziehen, also gemeinnützige Genossenschaften. Die Genossenschaften hätten die Möglichkeit, eventuell gemeinsam billige Wohnungen herzustellen. Die Annahme des vorliegenden Antrags sei jedoch die Voraussetzung für diese Pläne, daher stimme seine Fraktion der Vorlage zu.

Da der Berichterstatter auf sein Schlußwort verzichtet, wird sofort über den Antrag abgestimmt. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Hierauf referiert StR. Glaserer (SPÖ) über die im 1. periodischen Bericht aus 1965 enthaltenen Überschreitungen für 1964 per 247,380.100 Schilling und bittet, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

GR. Lauscher (KLS) befaßt sich mit Mehrkosten von rund 7 Millionen, die sich aus der Heranziehung von fremden Arbeitskräften für die Hausreinigung in Altersheimen und Spitälern sowie bei der Müllabfuhr und Straßenreinigung ergeben, und erklärt: Es gibt keinen wesentlichen Unterschied zwischen der lohnrechtlichen Lage der Wiener Gemeindebediensteten und der der Post, der Eisenbahner und der übrigen Bundesbediensteten. Die Reallöhne der Gemeindebediensteten sind so wie die der übrigen öffentlichen Bediensteten nicht einmal voll valorisiert. Bei den Preiserhöhungen sind aber die beiden Regierungsparteien fürwahr nicht kleinlich.

Vorsitzender Bürgermeister Jonas: Herr Gemeinderat, ich suche vergeblich einen Zusammenhang zwischen Ihren Ausführungen und dem Tagesordnungspunkt. Ich bitte Sie, sich an die Tagesordnung zu halten!

GR. Lauscher (fortsetzend): Ich glaube, der periodische Bericht gibt die Möglichkeit, zu Überschreitungen Stellung zu nehmen, und sich mit ihren Ursachen auseinanderzusetzen. Ich halte mich also an die Tagesordnung.- Es geht darum, die großen Leistungssteigerungen, die Produktivitätssteigerung endlich abzugelten und den Gemeindebediensteten auch einen gerechten Anteil an der Entwicklung zu geben.

./.

Man müßte endlich dazu übergehen, die Gruppen gerecht einzustufen und die Gehaltsordnung den modernen Verhältnissen anzupassen. Um dem Personalmangel entgegenzuwirken, muß die Gemeinde selbständig mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten verhandeln, deren Forderungen voll erfüllen, und die Bezüge an die Lebenshaltungskosten nachziehen und ein modernes Gehaltsrecht schaffen.

In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat Glaserer, daß er in den Ausführungen des GR. Lauscher nur einen Satz finden konnte, der sich mit dem Thema beschäftigte, jenen, der sich auf die durch den Personalmangel entstandenen Mehrausgaben bezog. Das wissen wir alle, sagt der Stadtrat, und solange es Hochkonjunktur gibt, werden wir uns mit diesem Problem herumschlagen müssen - aber lieber mit diesem Problem, als mit dem der Arbeitslosigkeit.

Bei der Abstimmung wird der Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen.

50 Millionen-Stiftung der Gemeinde Wien für die Wissenschaft

Den nächsten Tagesordnungspunkt bildet die Errichtung einer Stiftung der Stadt Wien in Höhe von 50 Millionen Schilling zur Förderung der Wissenschaft aus Anlaß der Feier des 600jährigen Bestandes der Universität Wien und des 150jährigen Bestandes der Technischen Hochschule in Wien.

StR. Mandl (SPÖ) kommt in seinem Referat auf die Geburtstagsgeschenke an die beiden Hochschulen und die Wünsche der Hochschulen selbst zu sprechen. Die Wünsche der Universität Wien bezogen sich vorwiegend auf die Schenkung und Widmung jener Gründe, auf denen heute das Allgemeine Krankenhaus steht, die Technische Hochschule wieder äußerte den Wunsch nach Widmung des Grundstückes, auf dem seinerzeit das Skala-Theater stand. Den durchaus verständlichen Wünschen der beiden jubilierenden Hochschulen standen ebenso fundierte Bedürfnisse der Stadt Wien im Hinblick auf die Aufnahme internationaler Einrichtungen gegenüber. Einerseits muß also die Stadt die Verwendung der wenigen noch vorhandenen zentral gelegenen Grundstücke im Auge behalten, andererseits lag außer den angeführten Wünschen kein Gesamtkonzept für den Ausbau einer Universitätsstadt vor.

Ein von der Stadt vom Bund angeforderter Plan zieht willkürlich Grenzen quer durch das heutige Allgemeine Krankenhaus, und es ist verständlich, daß bei einem solchen Mangel an Planung keine große Bereitschaft unsererseits vorhanden war, den Gemeinderat mit Grundstückstransaktionen zu befassen, die ohnehin erst in 15 Jahren effektuiert werden können. Anlässlich des 500jährigen Bestandes der Universität wurde nach langen Debatten im Gemeinderat beschlossen, drei Stipendien zu je 300 Gulden jährlich zu stiften. Anlässlich des Jubiläums des 600jährigen Bestandes wird nun eine mit 50 Millionen dotierte Stiftung errichtet, die es den Hochschulen ermöglichen soll, ihre Funktion, der Wissenschaft und Forschung zu dienen, zu erweitern. So wurde die zuständige Magistratsabteilung beauftragt, einen Statutenentwurf für eine solche Stiftung auszuarbeiten. Daß dieser Beamtenentwurf an die Öffentlichkeit gelangte, bevor er sowohl mit der Hochschule als auch geschäftsordnungsmäßig verhandelt werden konnte, erachte ich als eine krasse Unzukömmlichkeit. Solche Vertrauensbrüche tragen nur dazu bei, falsche Informationen an die Öffentlichkeit zu tragen, denn ein solcher erster Entwurf soll nur eine Diskussionsgrundlage für die Beteiligten sein. Nach einer Aussprache mit dem derzeitigen Rektor der Wiener Universität konnte volle Übereinstimmung in den Auffassungen erzielt und die entsprechenden Formulierungen gefunden werden. Den Wünschen der Universität wurde in vollem Umfang Rechnung getragen. Um außerdem den späteren Ausbau unserer Alma Mater und der Technischen Hochschule nicht zu gefährden, sondern in jeder Hinsicht zu fördern, hat sich der Bürgermeister bereit erklärt, anlässlich der feierlichen Überreichung der Stiftungsurkunde am 11. Mai eine entsprechende Erklärung zur Frage der Bereitstellung von Gründen abzugeben. Damit soll unseren Hochschulen die Sorge um Baugründe genommen, gleichermaßen aber auch den Bedürfnissen der Stadt Rechnung getragen werden.

In der Debatte begrüßt GR. Lauscher (KLS) den Beschluß der Stadt Wien zur Förderung der Wissenschaft. Wien habe Gelehrte von Weltruf und begabten akademischen Nachwuchs. Leider sei auf den Universitäten der Ungeist der nationalsozialistischen Vergangenheit noch nicht ausgestorben, was die empörenden Vorfälle an der

Hochschule für Welthandel zur Genüge bewiesen. Diese Vorfälle seien alarmierend genug, um den Gemeinderat zu einer Stellungnahme herauszufordern. Es stehe fest, daß mehr getan werden muß, damit unsere Jugend zu Toleranz, Demokratie und Österreich-Bewußtsein erzogen werde. Namens seiner Fraktion stellt der Redner den Antrag, der Gemeinderat möchte in einer Resolution die geplante Stiftung zur Förderung der Wissenschaften begrüßen aber zugleich betonen, daß die Stadt Wien von der Universität und den anderen höchsten Schulen erwarte, daß sie alles daransetzen, um den Ungeist des Nationalsozialismus, des Antisemitismus und des Großdeutschtums, der sich nicht nur bei Hörern, sondern auch bei einigen Professoren der Hochschulen zeigt, endlich zu beseitigen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erinnert an die großen Verdienste der Universität Wien in den vergangenen 600 Jahren. Dies verpflichte die Gemeinde, diese Verdienste anläßlich des Jubiläums nicht nur durch schöne Worte, sondern durch eine würdige Gegengabe anzuerkennen. In der Öffentlichkeit sei der Eindruck entstanden, daß die Bedeutung der Universität Wien für die Stadt nicht überall voll erkannt werde.

Die Bitte der Universität, ihr einen Teil des Areals des Allgemeinen Krankenhauses zu überlassen, sei nicht unbescheiden, wenn man sie mit den gewaltigen Anstrengungen mancher viel kleinerer Städte um eine eigene Universität vergleicht. Linz und Salzburg könnten dafür als Beispiele dienen. Für die Universität sei eine entsprechende Ausbaumöglichkeit lebenswichtig. Ihre Verlegung an den Stadtrand sei undenkbar, weshalb mit den Klinik-Gründen der moderne Ausbau stehe und falle. Der Wunsch darnach sei nicht überraschend gekommen und auch nicht in Zeitungsredaktionen erfunden worden, sondern ist lebendig, seit der Plan zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses aktuell wurde. Im Konzept des Stadtplaners Rainer werden die Klinik-Gründe bereits als eine einmalige Gelegenheit zur Errichtung einer modernen Universitätsstadt bezeichnet.

Die Reaktion des Rathauses auf den konkret vorgebrachten Wunsch der Universität sei nicht ermutigend und man habe versucht, einer Entscheidung auszuweichen. Ein entsprechender Antrag der FPÖ-Fraktion wurde abgelehnt. Nunmehr sei aber wenigstens ein rechtsverbindliches Tauschangebot ausgesprochen worden, das gegen-

über den ersten Äußerungen einen großen Fortschritt darstelle. Da sich auch der Unterrichtsminister für einen Tausch des Klinik-Areals gegen bundeseigene Gründe ausgesprochen hat, werde hoffentlich bald eine Einigung zu erzielen sein.

Die Stiftung der Stadt Wien habe vielfach den Eindruck erweckt, als handle es sich dabei um ein 50-Millionen-Geschenk. In Wirklichkeit stünden der Universität nur die Zinsen in der Höhe von rund drei Millionen jährlich zur Verfügung, während das Kapital unberührt bleiben müsse und bei Auflösung der Stiftung sogar an die Gemeinde Wien zurückfalle. In dem Stiftungskuratorium hätten sich die Gemeindeväter die absolute Mehrheit gesichert und die Verwaltungsarbeit soll einem Gemeindebeamten obliegen. Die Verfügungsmacht liege also fest in den Händen der Stadt Wien. Leider seien die Statuten nicht Gegenstand des vorliegenden Magistratsantrages, weshalb auch keine formellen Abänderungsanträge eingebracht werden könnten.

Der Redner stellt den Antrag auf Änderung der Statuten, und zwar soll das Erträgnis der Stiftung ausschließlich für wissenschaftliche Projekte der Wiener Hochschulen verwendet werden. Das Kuratorium soll aus dem Präsidenten und 16 Mitgliedern bestehen; davon sollen zwölf auf Vorschlag der Hochschulen ernannt werden, schließlich der Sekretär der Stiftung aus Kreisen der Beamten der Rektoratskanzlei gestellt werden.

Im übrigen gab der FPÖ-Redner die Zustimmung zu dem Geschäftsstück.

GR. Bittner (ÖVP) betont die Verpflichtung der Stadtverwaltung, nicht achtlos an den Hochschulen vorbeizugehen, um die Verbundenheit mit dem wissenschaftlichen Leben zu dokumentieren. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Stiftung und erläutert die Statuten und die Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Text.

Antrag gegen Borodajkewycz

Dann kommt GR. Bittner auf Vorfälle zu sprechen, die sich vor einigen Tagen an der Hochschule für Welthandel abgespielt haben. Wir legen keinen Wert darauf, sagte der Redner, im Jahre 1965 das "mutige" Bekenntnis eines Mannes auf seine Vergangenheit zu hören. Auf solchen Mut können wir heute verzichten.

(Beifall bei SPÖ, ÖVP und KLS.)

Um die Haltung der Mehrheit des Wiener Gemeinderates klar zu dokumentieren, stellte der Redner einen gemeinsamen Antrag, der Gemeinderäte Dr. Stemmer (SPÖ) Arch. Ing. Lust (ÖVP), Marek (SPÖ), Bittner (ÖVP) und Genossen, zu dem er folgendes ausführte: "Der in der Vergangenheit bereits mehrfach unliebsam in Erscheinung getretene Professor für Geschichte an der Wiener Hochschule für Welthandel, Dr. Taras Borodajkewycz (GR. Jodlbauer, SIÖ: Subergermane!) hat am 23. März 1965 auf dem Boden der Hochschule eine Pressekonferenz abgehalten, in der er sich neuerlich zu seiner im Jahre 1956 schriftlich festgelegten Erklärung, das "Geflunker von der österreichischen Nation" gehöre zu den "unerfreulichsten Überresten des an Gesinnung- und Würdelosigkeit reichen Jahres 1945", bekannt hat. Prof. Dr. Borodajkewycz hat darüber hinaus durch seine Äußerungen während dieser Pressekonferenz den Beweis für seine antiösterreichische und antisemitische Gesinnung geliefert.

Die Antragsteller finden es äußerst bedauerlich, daß die studierende Jugend, aus deren Kreis die künftige Elite unserer Republik heranwächst, einem Hochschulprofessor überantwortet ist, dessen antiösterreichische Gesinnung klar zutage tritt. Dies ist gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem sich die österreichische Nation anschickt, das zwanzigjährige Bestehen der Republik in würdiger Weise zu feiern, sehr bedauerlich.

Aus diesem Grunde stellen die angeführten Gemeinderäte folgenden Antrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sein Befremden und seine Empörung über die Äußerungen des Hochschulprofessors Dr. Taras Borodajkewycz im Verlauf der am 23. März 1965 in der Hochschule für Welthandel abgehaltenen Pressekonferenz aus. Er erwartet, daß im Interesse des Rufes der Stadt Wien als Hochschulstadt, der gerade heuer durch die Hochschuljubiläen unterstrichen wird, Maßnahmen getroffen werden, die Vorfälle dieser Art an den Wiener Hochschulen für die Zukunft ausschließen." (Beifall bei SPÖ, ÖVP, KLS.)

Der Redner spricht sodann über den seinerzeitigen Antrag der ÖVP, die Gründe des Allgemeinen Krankenhauses der Universität zu überlassen.

Er beweist darauf, daß ja schon ein Senatsbeschluß besteht, der diesen Wunsch ausspricht. Er sei außerdem der Meinung, daß dieses Areal am günstigsten wäre. Der Redner erneuert auch den Wunsch auf Schaffung von Professorenwohnungen.

Die Frage der Gründe des Allgemeinen Krankenhauses wurde bereits während der Budgetdebatte angeschnitten. Damals war Vizebürgermeister Slavik dagegen und hat gemeint, der Bund hätte kein Geld für die Verbauung. Dazu sei zu bemerken: Wenn beide Parteien in der Regierung es wollen, dann wird auch das Geld da sein.

(GR. Lane (SPÖ): Das war eine etwas verpiffelte Formulierung!) Warum setzt man immer den Bund mit der ÖVP gleich und Wien mit der SPÖ?, entgegnet GR. Bittner. Wir fühlen uns genauso als Wiener wie Sie von der Mehrheitspartei in diesem Haus.

Und wenn von den Sozialisten darauf hingewiesen wurde, daß es mehrere Bundesgründe gebe, die als Universitätsgründe geeignet wären, die aber Mistgstätten sind, kann man dazu nur sagen, daß einige dieser "Mistgstätten" in Verwaltung sozialistischer Minister stehen. Es sei auch unmöglich, daß vom Handelsministerium an die Baudirektion gerichtete und die Grundfrage betreffende Schreiben unbeantwortet bleiben. (StR. Heller: Ich habe in dieser Angelegenheit erst gestern mit Staatssekretär Dr. Kotzina gesprochen. Leider hat der Bund aber noch keine konkreten Vorschläge.)

Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß vielleicht das Jubiläumsjahr der Universität der Anlaß ist, daß man durch intensive Kontaktnahme die noch offenen Fragen positiv erledigt.

Dadas vorliegende Geschäftsstück die Hoffnung läßt, daß die Förderung der wissenschaftlichen Institute der Hochschulen nach strengen sachlichen und wissenschaftlichen Grundsätzen erfolgen wird und daß auch der durch seine Fraktion ausgesprochene Wunsch, der Universität Wien wenigstens auf dem Tauschweg mit dem Bund die geeigneten Gründe zu überlassen, erfüllt werden möge, stimme seine Fraktion dem Antrag zu.

GR. Univ.-Dozent Dr. Gisel (SPÖ) bezeichnet es gleichfalls als äußerst bedauerlich, daß gerade in den Wochen, in denen sich die Öffentlichkeit intensiver mit den Wiener Hochschulen beschäftigt als sonst, aus einer Hochschule Nachrichten herausdringen, die mehr als bedenklich sind. Man könnte der Meinung sein, es handle sich hier um einen einzelnen, der vielleicht noch glaube, "das Gleissen des Höllenschlundes wäre das Himmelslicht", und man könnte meinen, die 100 bis 150 Studenten, die ihm zuhören und Beifall spenden, tun dies in der Impulsivität ihrer Jugend und an die Persönlichkeit eines Lehrers gebunden. Bedenklich wird die Sache jedoch, wenn man hört, daß der Vorsitzende des Zentralausschusses der Hochschülerschaft die Angriffe gegen den Professor als unfair, unkorrekt und in provozierender Weise vorgebracht, klassifiziert. Die Bedenken werden aber noch verstärkt, wenn man auf Anschlagflächen um Wiener Hochschulen herum sieht, was auf einem Plakat, in dem ein Gastspiel eines jüdischen Mimen angekündigt ist, geschmiert steht. Dann **wird** man schamrot, und es gellt uns noch dieses Wort in den Ohren und wir wissen, daß dieses Wort die Ouverture zu einem Inferno war. Dabei ist dieses Plakat affichiert neben einem anderen, von dem uns die Augen eines todgeweihten Bettelweibes in Auschwitz, das den Judensterne trägt, ansehen.

Der Redner stellt fest, daß er als Hochschuldozent jedoch in der Lage ist zu sagen, daß die erhobenen Vorwürfe keine Pauschalverdächtigung gegen die gesamten akademischen Behörden und die Studenten sind. Bedenklich sei jedoch, daß in dem Kuratorium, das über die Vergabe der Stiftungsmittel entscheiden wird, auch ein Vertreter jener Hochschule sitzen wird, aus deren Kreisen derselbe Professor stammt. Es soll hier jedoch den Entscheidungen des Professorenkollegiums nicht vorgegriffen werden.

Zur Stiftung selbst: Die Zeiten haben sich sehr geändert und die Weltgeltung eines Landes hängt nicht mehr davon ab, wie groß die Armee ist, die man unterhält, und nicht davon, welche Rohstoffe man besitzt. Das Ausmaß der Weltgeltung hängt heute davon ab, wieviel in den Schulstuben dieses Landes gelehrt wird und wie die Zusammenarbeit der Forscher dieses Landes ist und wie die Möglichkeiten sind, die diesen Forschern gegeben werden. Es ist daher bedauerlich zu erkennen, daß die Wissenschaft nicht nur in unserem Lande

ein Stiefkind der Industriegesellschaft ist. Die öffentliche Verwaltung hat heute Probleme zu lösen, die es vor wenigen Jahrzehnten für die Verwaltung nicht gegeben hat. Wir können heute dank der Wissenschaft Bauvorhaben lösen, wie nie zuvor, ja man kann sogar die Natur umgestalten. Die Förderung der Wissenschaft und eine gute Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern sei daher unerlässlich. Die heute zu beschließende Stiftung sei ein Mittel, gute Kontakte mit der Wissenschaft zustande zu bringen. Die Stadtverwaltung wird auch in Zukunft Wissenschaft und Forschung fördern. Man muß daher auch den Vorwurf zurückweisen, daß die Stadtverwaltung mehr als 50 Millionen hätte zur Verfügung stellen können. Schließlich erbringt die Stadt Wien doch allein beim Neubau des AKH - das sind schließlich Universitätskliniken - auf viele Jahre hinaus eine überaus große Leistung, und nicht nur während des Jubiläumsjahres.

Zur Frage, warum Künstler von der Stiftung ausgeschlossen seien, zitiert GR. Dr. Gisel einen Ausspruch Nestroys, der da lautet: "Höchst irrtümlicherweise spannt man die Kunst mit der Wissenschaft derart zusammen und behandelt beide als siamesische Zwillinge, daß man überall sogar für beide nur eine Medaille prägt, 'für Kunst und Wissenschaft', wodurch allerdings der Vorteil erreicht ist, daß der damit Belohnte immer doppelt belohnt ist, weil er nur die Hälfte verdient, denn der Künstler wird höchst selten gar viel Wissenschaft besitzen und der sehr Wissenschaftliche gewiß alles eher als Künstler sein... Viel lernen und nachher viel wissen, das ist keine Kunst; ich habe nichts gelernt und weiß doch eine Menge, da kann man von Kunst reden."

Die Stiftung, so fährt GR. Dr. Gisel fort, entstand in Respekt vor dem ehrwürdigen Vergangenen und in richtiger Einschätzung des zukünftsträchtigen Gegenwärtigen. Das gute Alte erhalten und gleichzeitig Brücken in die Zukunft bauen - das ist der Zweck der Stiftung.

Die Stiftung entstand im Sinne jener Worte, die Bundespräsident Dr. Adolf Schärf bei der feierlichen Erneuerung seines Doktordiploms am 8. Juni 1964 im Festsaal der Wiener Universität sprach: "Die Rechtskenntnisse, die mir an der Wiener Universität von ausgezeichneten Lehrern vermittelt wurden, bildeten zeit meines Lebens die beste Grundlage meines Denkens und Handelns. Meiner Universität verdanke ich nicht nur das Wissen, das ich mir an-

eignen konnte, sondern auch das gute und sichere Empfinden für das, was recht ist. Es kommt bekanntlich nicht nur darauf an, was ein junger Mensch lernt, sondern auch darauf, wie er das Wissen aufnimmt. Die Universität hat mich gelehrt, systematisch und wissenschaftlich zu denken.- Immer aber haben mich die Rechtskenntnisse, die ich der Alma Mater Rudolphina verdanke, befähigt, die Aufgaben zu erfüllen, die mir gestellt wurden."

GR. Dr. Schmidt (FPÖ), der sich zu Wort gemeldet hat, betont, er wolle zum gemeinsamen Antrag der SPÖ und ÖVP Stellung beziehen, jedoch Prof. Borodajkewycz nicht in Schutz nehmen, einen Mann, der nicht Mitglied der FPÖ, sondern einer anderen Partei ist. Wir haben auch keine Ursache, den seinerzeitigen Generaldirektor des Katholikentages, der heute noch Du-Freund des Bundeskanzlers Dr. Klaus und des Vizebürgermeisters Dr. Drimmel ist, in Schutz zu nehmen. Wenn aber diese Dinge, die zur Sprache gebracht wurden, vorgekommen seien, dann sei es Sache der Staatsanwaltschaft sowie des Disziplinaranwalts und nicht des Gemeinderates, sich damit zu befassen. Nach den verzerrten Presseberichten und Fernsehsendungen könne man nicht urteilen. Wenn es tatsächlich solche Vorfälle gegeben habe, dann sei das nicht sehr schön. (Zwischenruf von Stadtrat Heller und mehreren Gemeinderäten: "Nicht sehr schön? Eine Schande! Ein Skandal!") Durch zahlreiche Zwischenrufe unterbrochen, meint der Redner, daß die Frage der österreichischen Nation "quer durch beide große Parteien" gehe. Seine Fraktion könne dem Antrag der SPÖ und ÖVP nicht die Zustimmung geben.

GR. Marek (SPÖ) nimmt sodann namens der Sozialistischen Fraktion zu dem gemeinsamen Antrag Stellung und stellt unter dem Beifall der SPÖ-, ÖVP- und KLS-Gemeinderäte fest, daß die Verurteilung der beschämenden Vorfälle nicht Angelegenheit einer Partei, sondern aller Österreicher sei, die in den Jahren der Fremdherrschaft an Österreich geglaubt und für dieses Land gelitten haben. Der Staatsanwalt werde diesen Frevler an Österreich zur Verantwortung ziehen. Der Gemeinderat könne jedoch nicht schweigen, wenn dieser Mann sagt, Österreich sei Unkraut. Wir werden Seine Magnifizenz und das Professorenkollegium der Hochschule für Welthandel fragen, ob sie sich mit dem Unrat identifizieren, den dieser Mann über Österreich ausgießt. Wir werden Seine Magnifizenz fragen, welcher Vertreter der Hochschule für Welthandel in das Kuratorium der Stiftung entsendet wird, das zu bestimmen hat, welche Wissensgebiete gefördert werden.

Wir sind Österreicher! Wir glauben an Österreich! Dieses Österreich ist nicht vor zwanzig Jahren gegründet worden, dieses Österreich hat eine jahrhundertelange Geschichte. Wir sind nur erniedrigt worden zur Ostmark, man hat Wien zur Gaustadt von Niederdonau degradiert, und diese Schande haben wir vor zwanzig Jahren ausgelöscht. Wenn man angesichts dieser grauenhaften Ereignisse, wenn man bei Erwähnung der Mordfabrik Auschwitz lachen kann, muß man sich fragen: Haben diese Menschen keine Scham, kein Menschengefühl? Haben sie nur ein Menschenantlitz?

Der akademische Senat der Hochschule für Welthandel wird Farbe bekennen müssen. Respekt vor der Wissenschaft, aller schuldiger Respekt. Aber der akademische Boden mit seinen Vorrechten ist kein Tummelplatz für Antiösterreicher, er ist kein Tummelplatz der Ewiggestrigen! (Beifall bei SPÖ, ÖVP und KLS.)

GR. Lanc (SPÖ) nimmt Stellung zu der von GR. Dr. Schmidt aufgeworfenen Frage, ob es Sache des Gemeinderates ist, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, und erklärt: Ich bin im Nationalsozialismus erzogen worden, ich habe geglaubt, was man mir damals als Dreizehnjährigem gesagt hat. Ich habe dann selbst den inneren Kampf erlebt, und ich sage heute: Der Bestand unserer Republik, der Bestand unserer Demokratie und unsere persönliche Freiheit wären in dem Moment nicht mehr gesichert, wo wir darüber diskutieren, ob wir hier zu diesem Fragenkomplex ein Äußerungsrecht haben oder nicht. (Zustimmung bei SPÖ und ÖVP.) Wenn ich daran denke, daß meine Kinder einmal von Herrn Professor Taras Borodajkewycz unterrichtet werden sollen und ich mich dazu als gewählter Vertreter der Wiener Bevölkerung nicht äußern soll, dann hört sich für mich das Begriffsvermögen auf. Ich habe mich absichtlich zu Wort gemeldet, damit nicht der Eindruck entsteht, daß es in der jungen Generation Österreichs nur jene Leute gibt, die kürzlich im Fernsehen bei Borodajkewycz' Äußerungen zu sehen waren. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

In seinem Schlußwort kommt Stadtrat Mandl auf die in der Diskussion behandelten Vorfälle zu sprechen und erklärt: Wenn die Freiheit der Lehre und der Wissenschaft so aussieht, daß man glaubt, Zeiten verherrlichen zu können, die zu den schambarsten in der Geschichte der Menschheit gehören, dann erfüllt uns die Widmung einer solchen Stiftung mit etwas Bange. Noch aber handelt es sich um Ausnahmefälle, und wir hoffen, daß es Ausnahmefälle

bleiben werden. Aber wir fühlen doch ein wenig Bangigkeit in uns, daß sich diese Entwicklung, wenn nicht radikal Schluß damit gemacht wird, eines Tages sehr unangenehm in unserem Staate auswirken könnte.

Zur Frage der Widmungen für Gründe erklärt der Referent, daß bereits heute konkrete Besprechungen im Handelsministerium stattgefunden haben, um in dieser Sache zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen. Über Professorenwohnungen hat der Referent einige Male mit Professor Dr. Rohrer gesprochen und ihm erklärt, daß die Gemeinde sofort bereit ist, eine Genossenschaft der Hochschulprofessoren mit genau denselben Mitteln zu unterstützen, wie sie andere Genossenschaften erhalten. Bisher ist aber von seiten der Professoren dazu noch kein Vorschlag gekommen. Was die Frage der Verwaltung der Studentenheime betrifft, erklärt der Referent: Einer Hochschülerschaft, die sich so benimmt, wie es heute in der Diskussion gesagt wurde, glaube ich nicht die in unserem Studentenheim wohnende Jugend anvertrauen zu können. Da behalten wir uns die Oberaufsicht lieber selber vor. Aber es ist ein Studentenbeirat geschaffen worden, der bei allen wesentlichen Dingen mitreden kann. Die letzte Entscheidung aber müssen wir uns vorbehalten. Gr. Hirnschall wieder scheint übersehen zu haben, daß hier ein Betrag von 50 Millionen Schilling beschlossen wird; die Gemeinde Wien stellt also 50 Millionen Schilling für diese Stiftung zur Verfügung und nicht drei Millionen Zinsenerträge. Sollte die Stiftung einmal aufgelöst werden, dann muß das Geld wieder ähnlichen Forschungszwecken zugeführt werden. Es ist auch nicht so, daß die Gemeinde versucht, sich durch einen Sekretär Einfluß zu sichern. Er stellt vielmehr eine lebende Subvention dar, und Rektor Fellingner selbst legt größten Wert darauf, daß es so bleibt. Die Einfügung, daß die Förderungsmittel für wissenschaftliche Projekte "insbesondere" der Wiener Hochschulen bestimmt sind, geht auf einen Wunsch von Rektor Fellingner zurück, der ja weiß, daß es auch Projekte geben kann, die zwar im Interesse der Hochschulen gelegen sind, aber von diesen selber nicht durchgeführt werden können. Wir werden alle Wünsche, die bezüglich der Abwicklung der Geschäfte von den Hochschulen noch vorgebracht werden, in der Geschäftsordnung verankern. Mit der Stiftung wird ein gutes Werk entstehen, das der österreichischen Wissenschaft und Forschung auf Jahre hinaus unschätzbare Dienste leisten wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Genehmigung der Stiftung einstimmig angenommen.

Der gemeinsame SPÖ-ÖVP-Antrag der Gemeinderäte Dr. Stemmer, Arch. Ing. Lust, Marek, Bittner und Genossen wird gegen die Stimmen der FPÖ angenommen, desgleichen der Antrag des GR. Lauscher. Der Antrag des GR. Dr. Hirnschall und Genossen wird mit Mehrheit dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

650.000 Schilling für Jugendbetreuung

GR. Herbert Mayr (SPÖ) stellt sodann den Antrag auf Gewährung einer Subvention für die kulturellen Jugendzentren und die außerschulische Jugendbetreuung der Stadt Wien. Die drei kulturellen Jugendzentren Wiens dienen vor allem für Heimabende und Klubarbeit der Jugendorganisationen und sollen zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung anregen. Der dazu notwendige Kostenbeitrag wird auf 650.000 Schilling geschätzt.

In Rahmen der außerschulischen Jugenderziehung werden Jugendleiterlehrgänge, Seminare, Jugendfilmdiskussionen und Beschäftigungskurse veranstaltet. In diesen Kursen wird Sprach-, Musik-, Modellbau- oder Kochunterricht erteilt sowie Film-, Foto- und Keramikarbeit gelehrt. Dafür müssen rund 640.000 Schilling zugesprochen werden. Der Referent stellt den Antrag, dem Verein "Wiener Jugendkreis" für die kulturellen Jugendzentren und die außerschulische Jugenderziehung eine Subvention nach Maßgabe des Bedarfs bis zu einer Höhe von 1,290.000 Schilling zu gewähren.

GR. Dipl.-Vw. Karoline Pluskal (SPÖ) erinnert daran, wie die Tätigkeit der Jugendorganisationen nach dem Krieg, die vor allem in Aufräumarbeiten bestand, noch heute nach zwanzig Jahren in einer engen Bindung zur Heimatstadt Wien nachwirkt. So wirkt jede Hilfe nach, die man der Jugend gewährt. Die Maßnahmen der Stadt Wien zur außerschulischen Erziehung sind von großer Bedeutung. Die drei "Häuser der Jugend", 3, Gestettengasse, 8, Zeltgasse, und 5, Grünwaldgasse, haben alljährlich eine sehr beachtliche Besucherzahl aufzuweisen. Das Veranstaltungsprogramm ist bunt und vielfältig. Die Jugendzentren werden nicht einseitig geführt, sondern stehen allen demokratischen Jugendorganisationen offen. Alle Gruppen haben ihre Vertreter im Heimausschuß, wo sie sich oft zu sachlicher Jugendarbeit zusammenraufen, was

der echten Demokratie nur förderlich sein kann. Darüberhinaus veranstaltet der Wiener Jugendkreis Jugendlager, Schikurse und das Jugendfilm-Abonnement, das 1964 22 Vorstellungen für 15.000 Besucher organisiert hat. Eine wichtige Hilfe für alle Jugendorganisationen ist auch die Heranbildung von Jugendleitern in speziellen Fortbildungsseminaren. Da die SPÖ jede Form der Förderung unserer Jugend begrüßt, wird sie auch dem vorliegenden Antrag gerne zustimmen. Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Ein Einkaufszentrum in Stadlau

GR. Maria Hirschler (SPÖ) referiert einen Antrag auf Bestellung eines Baurechts für 2.265 Quadratmeter Baugrund in Stadlau zugunsten der Ekazent-Realitätenverwertungsges.m.b.H. Durch die Aufwertung des linken Donauufers und die Errichtung großer Wohnhausanlagen steht die Stadt Wien vor der Notwendigkeit, auch für entsprechende Einkaufsmöglichkeiten zu sorgen, was durch den Bau eines Einkaufszentrums, für das die Baurechtsbestellung beantragt wird, geschehen soll.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) gibt ihrer Befriedigung über die Wohnbautätigkeit der Stadt Wien Ausdruck und begrüßt auch den Plan zur Errichtung eines Einkaufszentrums in Stadlau-Nord. Sie verweist auf das bereits bestehende in Hietzing, das nach Ansicht der Rednerin weniger wichtig war, als die Einkaufszentren in Stadlau. Bei der Eröffnung der Hietzinger Anlage habe Zentralsparkassen-Direktor Pache gesagt, daß die Hilfestellung für die mittelständische Wirtschaft und die kleinen Gewerbetreibenden stets ein Anliegen seines Institutes gewesen sei. Dies ist, so sagt die Rednerin, sehr erfreulich. Sie verstehe nur nicht, daß in Hietzing, wo 6.000 Quadratmeter für das Ekazent zur Verfügung stehen, nach einem Bodenbeschaffungsgesetz gerufen wurde, während in Stadlau nur 2.265 Quadratmeter bereitgestellt werden. (Zwischenruf Stadtrat Heller: "Sie werden aufgeklärt werden!") Bei einer Bevölkerungsbefragung habe sich ergeben, daß viele Hausfrauen für kleine Geschäfte mit individueller Bedienung sind, die auch im Interesse der Wirtschaft liegen.

In Baltimore, einer Stadt, ungefähr so groß wie Wien, wurde eine ganze Reihe von shopping-centres errichtet, und auch dort

hat es sich gezeigt, daß ein gewisses Verhältnis zwischen Großkaufhäusern, Selbstbedienungsläden und Kleingeschäften notwendig ist. Es muß eine gesunde Konkurrenz der verschiedenen Betriebe auch in einem Einkaufszentrum geben. Diese Zentren dürfen nicht nur für Monopolbetriebe da sein und auch nicht gewisse Firmen, wie den Konsum, bevorzugen.

Nun ist es ein großes Problem: Wie bringe ich die anderen Firmen hinein? Viele Firmen haben gezögert und scheuen vor den hohen Kosten zurück. Aber es gibt Firmen, die anderswo abgesiedelt werden müssen. Wir haben bisher in Form von Bargeld Ersatz bekommen. Solche Firmen sollte man auffordern, in ein Einkaufszentrum zu ziehen. (Stadtrat Heller, SPÖ: Das geschieht schon!) Trotzdem möchte ich einen Antrag stellen, fährt die Rednerin fort, zur Besserung der Versorgung neuer Wohngebiete bei abzusiedelnden Firmen die Entschädigung in Form von Bau- oder Grundkostenbeiträgen zur Errichtung neuer Lokale in Geschäftszentren, Werkstättenhöfen usw. zu gewähren.

Die Rednerin stellt auch eine Anfrage an den Bürgermeister, ob er bereit wäre, an die Ekazent heranzutreten, daß die Vergabe von Geschäftslokalen öffentlich ausgeschrieben wird. Ebenso sollten Lokale in städtischen Objekten öffentlich ausgeschrieben werden.

GR. Jodlbauer (SPÖ) erinnert daran, daß vor ungefähr sechs Jahren bei der Budgetdebatte die Gründung der Ekazent als Tochtergesellschaft der Zentralsparkasse bekanntgeben konnte. Als erster Standort für ein Einkaufszentrum wurde Hietzing gewählt. Die Standortberatungsstelle hat einen Besiedlungsplan ausgearbeitet, an den sich die Ekazent genau gehalten hat, was gar nicht so leicht war. Der Grundkauf für ein Einkaufszentrum wie in Hietzing hat sich jedoch als sehr teuer erwiesen. Deshalb hat man sich jetzt um ein Baurecht bemüht, um die Mieten niedriger zu halten. Im übrigen sitzen im Aufsichtsrat der Ekazent Vertreter beider Fraktionen dieses Hauses, sodaß jederzeit die Möglichkeit gegeben ist, die Einweisungen zu überprüfen. Man sollte solche Probleme sachlich behandeln, wenn man dem Konsumenten und der Wirtschaft wirklich dienen will.

./.

Zu den Einweisungen in städtische Geschäftslokale: Es ist dies ein schwieriges Problem, weil es in unserer Stadt außerordentlich viele Absiedlungen von Geschäftslokalen und Gewerbebetrieben gibt. Jeder Gewerbetreibende, der sein Geschäft in einem städtischen Objekt hat, kann sich glücklich schätzen, weil er die Sicherheit hat, daß ihm nichts geschehen kann. Natürlich ist die Gemeindeverwaltung darüberhinaus bemüht, im Rahmen des möglichen auch bei Absiedlungen aus Privathäusern zu helfen. Eine öffentliche Ausschreibung von Gemeindelokalitäten wäre jedoch kaum zweckmäßig, da man dann nicht, wie es jetzt der Fall ist, gerade den wirtschaftlich Schwächsten helfen könnte.

Selbstverständlich sei es, daß der Konsumverein, der eine genossenschaftliche Organisation ist, auch eine gewisse Förderung von Seiten der Stadtverwaltung erfährt. Dieselbe Förderung erhalten die landwirtschaftlichen Genossenschaften in ganz Österreich vom Bund und den Ländern. Die Konsumvereine müssen daher auch im Rahmen der Möglichkeiten untergebracht werden. Natürlich soll aber in unmittelbarer Nähe auch ein privater Lebensmittelhändler sein, denn erst dadurch wird die Preisgestaltung günstig beeinflusst. Die Probleme müssen im Interesse der Bevölkerung gut gelöst werden, es muß aber auch dem Klein- und Mittelbetrieb eine gute Existenzmöglichkeit geboten werden im Interesse der gesamten Wirtschaft.

GR. Walzer (ÖVP) stellt fest, daß er dafür Verständnis habe, wenn man in neuen Wohnbaugebieten wie Stadlau, Floridsdorf, Liesing oder sonstwo Einkaufszentren errichtet. In Hietzing sollte ein großes Einkaufszentrum entstehen, in Wirklichkeit ist es aber ein Rumpfeinkaufszentrum geworden, in dem viele Geschäfte fehlen. Andererseits aber wieder sind dort einige Geschäfte untergebracht, die ohnedies in der Hietzinger Hauptstraße vorhanden waren. Ob das eine gesunde Konkurrenz ist? Als unzweckmäßig erachtet es der Redner, in Meidling, auf der Philadelphiabrücke, ein Einkaufszentrum zu errichten, wo doch die Meidlinger Hauptstraße eine Geschäftsstraße mit unzähligen Geschäften jeder Art ist. Ähnlich ist es am Allerheiligenplatz. Bei allen derartigen Planungen müßte man überlegen, ob ein solches Einkaufszentrum überhaupt notwendig ist und ob seine Errichtung zu einer gesunden Konkurrenzierung führen wird.

GR. Maria Hirschler erklärt in ihrem Schlußwort, daß bei der Vergebung der Lokale im Einkaufszentrum Kagran jene Geschäftsleute berücksichtigt werden mußten, die in der Erzherzog Karl-Straße abgesiedelt wurden. Darüber hinaus wurden alle notwendigen Geschäfte untergebracht, sodaß auch die berufstätigen Frauen nach der Arbeit ihre Besorgungen erledigen können. Im übrigen habe die Standortberatung in Zusammenarbeit mit Vertretern der Gemeinde Wien und der Kammer festgestellt, welche Geschäfte in einem geplanten Einkaufszentrum jeweils notwendig sind. Mehrere Geschäfte gleicher Art in einem Zentrum unterzubringen, sei jedoch nicht zweckmäßig, da man in Zeiten schwächerer Konjunktur den Gewerbetreibenden nicht die Existenzgrundlage nehmen will.

Abschließend stellt die Rednerin fest, daß noch zu keiner Zeit in unserer Stadt derartige Einkaufszentren im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft geschaffen wurden. Den Antrag der Gemeinderäte Nora Hiltl und Walzer (ÖVP) ersucht sie, den Gemeinderatsausschüssen VI und II zur weiteren Behandlung zuzuweisen, die Anfrage der Gemeinderäte Walzer und Gockner an den Bürgermeister weiterzuleiten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Referentin einstimmig angenommen.

Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Gemeinderäte Eleonora Hiltl und Walzer, betreffend die Absiedlung von Geschäftslokalen durch die Gemeinde Wien, wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Die Anfrage der Gemeinderäte Walzer und Gockner wurde ohne Abstimmung auf Empfehlung der Referentin an den Bürgermeister weitergeleitet.

Weiterführung der Kreditaktion für Gewerbetreibende

GR. Jodlbauer (SPÖ) stellt sodann den Antrag, 1,100.000 Schilling als Anteil der Stadt Wien für die Weiterführung der gemeinsamen Kreditaktion des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau, der Stadt Wien und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien im Jahr 1965 zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen dieser 1954 ins Leben gerufenen Aktion, an der das Ministerium zu 50 Prozent, Kammer und Stadt Wien zu je 25 Prozent beteiligt sind, werden an Gewerbetreibende Kredite in Höhe von maximal

20.000 Schilling (vier Prozent Verzinsung, vier Jahre Laufzeit) vergeben.

GR. Schreiner (SPÖ) betont in der Debatte, daß der Wiener Gemeinderat stets großes Verständnis für die Kreditbedürfnisse der gewerblichen Wirtschaft gezeigt und bisher bereits ansehnliche Beträge zur Verfügung gestellt hat. Die Mittel, die von der Stadt Wien für Investitionskredite für Gewerbe und Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wurden, betragen bis heute 135 Millionen, die Mittel für die Kreditaktion für Gast- und Schankbetriebe 64 Millionen und für die Kreditaktion zur Instandhaltung von Althäusern 1,2 Milliarden Schilling. Alle diese Gelder fließen vor allem in Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe, die besonders dringend finanzielle Hilfe benötigen. Es sei jedoch bedauerlich, daß der Bund nur imstande war, seinen Beitrag für die gemeinsame Kreditaktion um 200.000 Schilling zu erhöhen. Dies komme einer Mißachtung unserer Wirtschaft gleich.

GR. Walzer (ÖVP) anerkennt voll und ganz, was die Gemeinde Wien für die gewerbliche Wirtschaft leistet. Er bedauert gleichfalls die geringe Aufstockung und stellt fest, daß das Kleingewerbe nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich stets benachteiligt sei. Die im Budget für 1965 vorgesehenen 100 Millionen Schilling für die Gewerbeförderung seien zweifellos zu wenig, vor allem wenn man bedenkt, daß dieser Betrag noch um 20 Millionen Schilling gekürzt wurde. Obwohl Österreich das klassische Land der Klein- und Mittelbetriebe sei - von insgesamt 260.000 Gewerbebetrieben haben nur 1.660 Betriebe mehr als 100 Beschäftigte -, wurden die Klein- und Mittelbetriebe, die sich stets als besonders krisenfest erwiesen haben, bisher ständig vernachlässigt.

Im Schlußwort betont GR. Jodlbauer, daß sich die Kreditaktion nach 1955 zwar um 50 Prozent auf zwölf Millionen Schilling erhöht habe, die Stadt Wien dabei jedoch benachteiligt worden sei. Die Stadt Wien sei jederzeit bereit, ihren Beitrag zu erhöhen, wenn auch Ministerium und Kammer dazu bereit sind.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Stadion und Stadionbad werden renoviert

Hierauf legt GR. Dipl.-Vw. Karoline Pluskal (SPÖ) den Antrag vor, für verschiedene Erneuerungs- und Wiederherstellungsarbeiten im Stadion und im Stadionbad einen Betrag von 5,5 Millionen Schilling bereitzustellen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) verweist darauf, daß aus diesem Betrag eine erste Rate von 1,3 Millionen für den Bau eines Restaurants im Stadionbad und für Dichtungsarbeiten im Stadion vier Millionen vorgesehen sind, und erkundigt sich, wie hoch sich jeweils die Gesamtkosten belaufen werden.

Nachdem Stadtrat Glaserer (SPÖ) unter Hinweis auf das Alter der Anlagen Aufschluß über die notwendigen Erneuerungsarbeiten gegeben hat, wird der Antrag mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Auch heuer wieder 2.400 Gemeindeurlauber

Über den Antrag auf Genehmigung der Kosten der Landaufenthaltsaktion 1965 für Dauerbefürsorgte und Körperbehinderte referiert GR. Gertrude Sandner (SPÖ).

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) kennzeichnet die Aktion als einen Weg, der Einsamkeit der alten Menschen zu steuern. Als die Aktion im Jahre 1952 vom damaligen Vizebürgermeister Honay ins Leben gerufen wurde, war es ein Experiment. Damals erhielten 19 Ehepaare einen Urlaubsaufenthalt. Während der bisher abgelaufenen 13 Jahre nahmen in 656 Turnussen mehr als 32.000 Personen an dieser Aktion teil. 304 Urlauber waren mehr als 80 Jahre, die älteste Urlauberin hatte ein Alter von 102 Jahren. Diese Urlaubsaaktionen der Gemeinde Wien sind nicht mehr wegzudenken, denn nicht nur für die Jugend, sondern auch für diese alten Menschen ist die Gemeinschaft ein Erlebnis. Mit diesen Landaufenthalten hat die Gemeinde Wien eine Brücke von Mensch zu Mensch geschlagen.

Dem Antrag wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ stattgegeben.

Tiefgarage Zedlitzhalle

GR. Stroh (SPÖ) referierte über einen Tauschvertrag, durch den ein Teilstück der Zedlitzhalle verkauft wird, um dort eine Tiefgarage errichten zu können. Die Stadt Wien erhält dafür ein Grundstück im 4. Bezirk in der Margaretenstraße 70 zu Arrondierungszwecken.

GR. Dr. Habl (ÖVP) spricht nicht gegen den Tauschvertrag, sondern gegen ein Formgebreechen. Es wurde im Ausschuß referiert, daß der Bezirksvorsteher keine Bedenken hatte. Nun stamme aber die Stellungnahme des Bezirksvorstehers aus dem Jahre 1961, und

damals war der Verkauf vorgesehen und kein Tausch und außerdem an eine andere Person. Wir sprechen soviel von den Rechten der Bezirksvertretungen, deshalb sollte man diesen Formfehler beseitigen.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) verweist darauf, daß die Befragung des Bezirksvorstehers deswegen geschieht, um sachliche Einwendungen rechtzeitig anmelden zu können. Er wehre sich jedoch dagegen, daß der Bezirksvorsteher von jeder Änderung im Lauf der Verhandlungen unterrichtet wird. Da hört sich jede Arbeit auf, das ist ja unmöglich. Außerdem: Wenn der Bezirksvorsteher nicht da sei, dann hat sein Stellvertreter die Amtsgeschäfte zu führen. Der Bezirksvorsteher des 1. Bezirkes hat es sich jedoch eingeführt, daß seine Frau in das Amt kommt und die Post holt (Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.- Ein Familienbetrieb!) Er werde dafür sorgen, daß hier eine Entscheidung des Bürgermeisters herbeigeführt wird.

GR. Stroh verweist in seinem Schlußwort darauf, daß Stadtrat Sigmund die Situation eingehend erläutert hat. Wenn der Tauschvertrag verzögert wird, kann es dazu kommen, daß wir die Fläche im 4. Bezirk nicht bekommen. Das wäre sehr bedauerlich, da das Grundstück für Arrondierungszwecke notwendig ist. Ein späterer Ankauf des Grundstückes würde bedeutend teurer kommen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der SPÖ, FPÖ und KLS angenommen.

Nach Erledigung der Tagesordnung erhält GR. Lauscher (KLS) zur Begründung seiner Anfrage, die Zahl der Spitalsbetten betreffend, das Wort. Der Redner verweist darauf, daß Stadtrat Dr. Glück im Wege der "Rathaus-Korrespondenz" gegen Meldungen eines medizinischen Pressedienstes, der von einer katastrophalen Situation auf dem Spitalsbettensektor berichtet hat, Stellung genommen hat. Dr. Glück verwies in dieser Aussendung darauf, daß derzeit nicht 1000 Spitalsbetten gesperrt sind, sondern 880, davon 520 wegen Umbaues oder wegen Generalsanierung und 307 aus Schwesternmangel, der Rest aus anderen Gründen.

Diese Mitteilung ist in der Wiener Bevölkerung auf einigen Unglauben gestoßen. Man hat den Eindruck, daß hier ein Beschönigungsmanöver unternommen wurde, da ja bei der Unterbringung von Patienten nachwievor große Schwierigkeiten bestehen.

Der Redner erhebt die Frage, wo sich die genannten Reservestationen befinden, über wieviele Betten sie verfügen und ob im Ernstfall für diese Betten ausreichend Pflegepersonal zur Verfügung steht. Da diese Frage für die Bevölkerung von großer Bedeutung ist, ersucht der Redner um Behandlung seiner Anfrage.

Bei der Abstimmung über Verlesung und Besprechung der Anfrage war nur die KLS-Fraktion dafür. Die Beantwortung der Anfrage wird daher auf schriftlichem Wege erfolgen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

Sitzung von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
=====

26. März (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 30. März:

15 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1/II/201.

Mittwoch, 31. März:

17 Uhr, Hernalss, Elterleinplatz 14/1. Stock,
16 Uhr, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2/I/43.

- - -

Donaukanalschnellstraße bald ohne Umleitung
=====

Bundesstraßenverwaltung nimmt Besitz von umstrittenem Grundstück

26. März (RK) Heute nachmittag fand auf dem Grundstück an der Heiligenstädter Lände gegenüber dem Pressehaus, das bisher der Fertigstellung der rechtsufrigen Donaukanalschnellstraße im Wege stand, weil seine Eigentümer undiskutable Ablöseforderungen gestellt hatten, eine interessante Verhandlung statt.

Bekanntlich mußte gegen die Besitzer eines rund 300 Meter langen Grundstückes an der Heiligenstädter Lände, das für die Donaukanalbegleitstraße unbedingt benötigt wird, ein Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Die zuständige Behörde bei der Wiener Landesregierung hat für das 4.569 Quadratmeter große Grundstück einen Entschädigungsbetrag von 2,426.100 Schilling festgesetzt. Die gegen das Enteignungserkenntnis von den Grundbesitzern eingebrachte Berufung wurde vom Handelsministerium als der übergeordneten Instanz abgewiesen, wodurch die Enteignung rechtskräftig wurde. Nachdem der Entschädigungsbetrag bei Gericht zugunsten der Eigentümer hinterlegt wurde, konnte der letzte Akt des Verfahrens, das in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt hat, vollzogen werden.

Erstmalig in der Rechtsgeschichte der Zweiten Republik gab es eine sogenannte Besitzeinweisung in das enteignete Grundstück. Dadurch wurde die Republik Österreich Besitzerin der heiß umkämpften "Gstättn" und beauftragte an Ort und Stelle die Vertreter der Wiener Straßenbauabteilung, mit dem Bau des fehlenden Schnellstraßenstückes zu beginnen. Minuten später setzte sich eine mächtige Planierdraupe in Bewegung und grub sich in das Erdreich. Der Abschnitt wird bis Juni befahrbar sein und die unangenehme Umleitung aufgelassen werden können.

- - -